

Kurznachrichten

Integration von FemConsult in das GESIS-Portal

Die Online Datenbank FemConsult, die seit 1994 vom Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) aufgebaut und betrieben wird, ist in den Internetauftritt von GESIS, dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, überführt worden; dort hat das CEWS-Portal einen festen Platz erhalten. Die Datenbank soll die Suche nach Expertinnen für Professuren, Führungspositionen und Beratungs- und Entscheidungsgremien in der Wissenschaftspolitik erleichtern. Damit ist das Gesamtangebot von CEWS nun gebündelt unter dem Dach von GESIS zu finden. FemConsult enthält aktuelle Qualifikationsprofile von nahezu 3.000 promovierten und habilitierten Wissenschaftlerinnen aus dem deutschsprachigen Raum aus allen Fachdisziplinen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.gesis.org/cews/femconsult/>

GWK-Auswertung zu Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz hat die vierzehnte Fortschreibung des Datenmaterials zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen für die Jahre 2008/09 vorgelegt. Das Papier „Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung“ belegt, dass insgesamt in den letzten Jahren der Trend einer Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft auf allen Ebenen fortgeschrieben wurde. Gleichwohl liegt Deutschland im europäischen Vergleich immer noch in der Schlussgruppe. Seit dem Beginn der Datenerhebungen 1992 hat sich der Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der Erstimmatrikulierten von 45,6 auf 49,6%, der Studienabschlüsse von 40,8 auf 51,8%, der Promotionen von 30,7 auf 41,9%, der Habilitationen von 13,1 auf 23,4% und der Professuren von 7,5 auf 17,4% erhöht. Zudem ist seit Beginn der Erhebungen zum Berufungsgeschehen im Jahr 1997 der Anteil von Frauen bis 2009 bei den Bewerbungen um Professuren von 12,9 auf 23,5%, bei den Berufungen von 16,9 auf 28,4% und bei den Ernennungen von 15,7 auf 29% gestiegen. Bedenklich ist, dies zeigt die Sonderauswertung zu den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, dass in diesen der Frauenanteil unter dem an den Hochschulen liegt, obgleich sich im Vergleichszeitraum von 1992 bis 2009 der Anteil von Frauen an Führungspositionen in außerhochschulischen Einrichtungen von zwei auf 11,4% erhöht hat. Dieser Effekt lasse sich dabei nicht alleine damit erklä-

ren, dass die außerhochschulischen Forschungseinrichtungen verstärkt im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften angesiedelt sind.

Das Heft 16 der Materialien der GWK kann bezogen werden über:

<http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-16-Chancengleichheit.pdf>

CEWS fordert Frauenquoten für die außerhochschulische Forschung

In Reaktion auf die aktuelle Fortschreibung der GWK-Daten zum Frauenanteil in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen fordert das Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) die Einführung verbindlicher Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Bisher bestehen weder für Hochschulen noch für außerhochschulische Forschungseinrichtungen gesetzlich verbindliche Zielquoten, deren Nichterfüllung sanktioniert werden könnte. Hier sieht das CEWS konkreten Handlungsbedarf. In dem Positionspapier Nr.4 „Leistungsabhängige, verbindliche und flexible Zielquoten für wissenschaftliche Führungspositionen“ schlägt das CEWS konkret formulierte Handlungsempfehlung zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen vor.

Das Positionspapier steht zum Download bereit unter:

<http://www.gesis.org/download/fileadmin/cews/www/download/cews-Position4.pdf>

Zielvorgaben sind zahnlose Tiger

Für mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung von Zielvorgaben zu Gleichstellungsstandards an Hochschulen plädiert Nina Steinweg in einem Beitrag in „Forschung & Lehre“ (Oktober 2010). Zielvorgaben sind bei der Erhöhung des Frauenanteils an Hochschulen ein wichtiges Instrument, doch bislang gleichen sie einem zahnlosen Tiger. Steinweg argumentiert, dass Zielvereinbarungen zwischen Hochschulleitungen und Fakultäten bzw. Fachbereichen sanktionsbewehrt sein müssten, um deren Verbindlichkeit zu steigern.

Der Artikel steht zum Download bereit unter:

<http://www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/download/steinweg.pdf>

Auf dem Weg zur Professur

Der Deutsche Hochschullehrerverband DHV bietet ein neues Seminar zum Thema „Wissenschaftlerinnen auf dem Weg zu Professur“ an. Das Seminar soll Wissenschaftlerinnen über die Qualifikationswege zur Professur, über das Bewerbungsverfahren sowie über Spezialfragen wie dual career und Vereinbarkeit von Beruf und Familie informieren.

Nähere Informationen:

<http://www.karriere-und-berufung.de>

CEWS wird 10 Jahre

Im Herbst 2010 feierte das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) sein 10jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass wurde für die GE-SIS-Schriftenreihe Recherche Spezial eine Dokumentation von Literatur und Forschungsprojekten zum Themenfeld „Frauen in Wissenschaft und Forschung“ für die Jahre 2000-2010 erstellt.

Die Dokumentation kann bezogen werden über:

<http://www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/download/Recherchespezial1.pdf>

Der Bachelor – eine Erfolgsgeschichte?

Einer Studie des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung (INCHER) zufolge, bei der 70.000 AbsolventInnen eineinhalb Jahre nach ihrem BA-Abschluss befragt wurden, beginnen mehr als drei Viertel aller Bachelor-AbsolventInnen einer Universität ein Masterstudium. Die Zahl der Arbeitslosen unter den BachelorabsolventInnen sei eineinhalb Jahre nach deren Abschluss genauso gering wie bei den AbsolventInnen der alten Studiengänge. Mehr als ein Viertel (27%) aller Bachelor- und Master-Studierenden haben eine Zeit lang im Ausland studiert; in den alten Studiengängen tat dies nur jede bzw. jeder Fünfte (19%). Auch die Suche nach dem ersten Arbeitsplatz dauert unabhängig vom akademischen Abschluss etwa gleich lang. Jedoch zeigten sich lediglich 53% der AbsolventInnen mit Bachelorabschluss mit ihrer beruflichen Situation zufrieden; dieser Wert liegt unter dem bei traditionellen Studienabschlüssen (65%).

Weitere Informationen über:

www.bmbf.de/press/2956.php und www.hrk.de/95_5700.php

Studieren trotz Studiengebühren

Der aktuelle Ländercheck Studiengebühren des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft kommt zu dem Ergebnis, dass sich Studierwillige durch Studiengebühren in Höhe von 500 Euro nicht davon abschrecken lassen, ein Studium zu beginnen. Die StudienanfängerInnenzahlen würden unabhängig davon steigen, ob ein Bundesland Studiengebühren erhebt oder nicht. Dieser Befund gälte auch für Studierende aus bildungsfernen Schichten, aus ärmeren Elternhäusern oder aus Migrantenfamilien. Vielmehr nehme, und zwar zum ersten Mal seit über 20 Jahren, auch der Anteil von benachteiligten Studierenden mit bildungsfernem sozio-ökonomischen Hintergrund wieder zu. Diese Zunahme sei dabei in gleichem Maße in Gebührenländern wie in Nichtgebührenländern zu beobachten.

Weitere Infos unter:

www.laendercheck-wissenschaft.de/bundeslaender_im_detail/

Studiengebühren in Baden-Württemberg sind zulässig

Nach Klagen von Studierenden aus Karlsruhe und Freiburg hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 15. Dezember 2010 entschieden, dass die Erhebung von Studiengebühren in Baden-Württemberg rechtlich zulässig ist. In der Urteilsbegründung heißt es, dass die Gebühren in Höhe von 500 Euro ein moderater Beitrag seien und keine unüberwindliche soziale Barriere darstellten, zumal Darlehen für soziale Verträglichkeit sorgten.

Neues Hochschulzulassungssystem am WS 2011/12

Das neue dialogorientierte Hochschulzulassungssystem via Internet wird zum Wintersemester 2011/2012 lediglich mit Einschränkungen starten können. Die angestrebte zentrale Überprüfung von Bewerbungsunterlagen findet vorerst nicht statt. Grund hierfür ist, dass sich die Länder und Hochschulen bislang nicht über die Betriebskosten der Stiftung hochschulstart.de einigen können. Diese übernimmt die Arbeit der bisherigen Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS). Bislang haben 50 von 200 Hochschulen ihre Teilnahme am neuen Vermittlungsverfahren zugesagt.

Auslandsmobilität im Studium steigt

Laut der Studie „Internationalisierung des Studiums“ der Studentenwerke hat sich die Zahl deutscher Studierender im Ausland in den letzten Jahren fast verdoppelt. Derzeit beträgt die Exportquote 4,2%. Bevorzugte Staaten sind Österreich, die Niederlande und Großbritannien. Einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt (Studium, Praktikum, Sprachkurs u.a.m.) hatten gar 15% durchgeführt. Allerdings bestehen Unterschiede zum einen nach Studienstufe; so nahmen von den Bachelor-Studierenden nur 7% ein Auslandsstudium auf. Zum anderen hängt das Auslandsstudium stark von der sozialen Herkunft ab. Studierende aus hochschulnahen, einkommensstarken Familien tun dies fast doppelt so häufig wie diejenigen aus bildungsferneren Haushalten mit geringerem Einkommen. Ferner ist festzustellen, dass die Auslandsmobilität der Studentinnen höher ist als die der Studenten: 18% der im Sommer 2009 eingeschriebenen Studentinnen konnten einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt bzw. 9% ein Auslandsstudium vorweisen. Im Vergleich dazu waren es bei den Studenten 13% bzw. 7%. Die Importquote, also der Anteil ausländischer Studierender in Deutschland liegt derzeit bei 10,9% (WS 2009/10: 181.000). Bei den BildungsausländerInnen aus einkommensschwächeren Herkunftsländern überwiegt der Anteil der Männer, während aus einkommensstärkeren Ländern mehr Frauen als Männer nach Deutschland kommen.

Weitere Infos unter:

www.studentenwerke.de/pdf/Internationalisierungbericht.pdf

Stipendien und Fördermöglichkeiten in der EU

Orientierung über Stipendien und Fördermöglichkeiten in der EU – und zwar für Studierende sowie auch für WissenschaftlerInnen – bietet die Online-Datenbank „ScholarshipPortal.eu“.

Weitere Infos unter:

<http://www.scholarshipportal.eu/>

Deutschlandstipendium ab Sommersemester 2011 für 10.000 Studierende

Die Bundesregierung hat im September 2010 beschlossen, dass das nationale Stipendienprogramm, das unter dem Namen Deutschlandstipendium firmiert, zum Sommersemester 2011 an den deutschen Hochschulen mit rund 10.000 StipendiatInnen starten soll. Der Bund wird pro Stipendium und Monat 150 Euro zahlen, allerdings nur dann, wenn die jeweilige Hochschule den gleichen Beitrag von privater Seite einwirbt. Mittelfristig sollen 8% der Studierenden in Deutschland, dies entspricht 160.000 jungen Frauen und Männern, gefördert werden. Über die Bereitstellung einer Finanzpauschale, einer kostenlosen Software zur Datenerfassung sowie über Schulungen für HochschulmitarbeiterInnen sollen die Hochschulen bei der Akquise privater Förderer unterstützt werden. Auf der Internetseite www.stip.de sollen Informationen für Hochschulen, Stipendieninteressierte und SpenderInnen künftig zentral gebündelt werden.

Weitere Infos unter:

<http://www.bmbf.de/press/2935.php>

Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland haben im Rahmen des Hochschulpakts 2020 ein Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre beschlossen. Dadurch sollen vor allem die Betreuung und Beratung der Studierenden sowie die Weiterqualifizierung des Lehrpersonals verbessert werden.

Weitere Infos unter:

<http://www.bmbf.de/foerderungen/15440.php>

Stärkung der Studierendenschaft in Baden-Württemberg

33 Jahre nach der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (VS) in Baden-Württemberg zeichnet sich eine grundlegende Reform bei der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen des Bundeslandes ab. Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) sprach sich – als Reaktion auf eine Gesetzesinitiative von SPD

und Grünen zur Wiedereinführung einer rechtlich eigenständigen Studierendenvertretung – dafür aus, den gewählten StudentenvertreterInnen erstmals wieder das Recht zu hochschulpolitischen Stellungnahmen zu geben. Bislang war ihre Zuständigkeit offiziell auf die Bereiche Kultur, Soziales und Sport beschränkt. Beabsichtigt ist, einen Studentischen Konvent einzurichten, der von allen Studierenden gewählt wird, der seinerseits alle weiteren StudierendenvertreterInnen auf fakultätsübergreifender Ebene wählen soll. Den Studierenden soll ein Antragsrecht gegenüber allen universitären Gremien eingeräumt werden.

Weitere Infos:

http://www.academics.de/wissenschaft/mehr_macht_43786.html

GenderKompetenzZentrum geht in die Selbstständigkeit

Mit einer Fachtagung ist das Berliner GenderKompetenzZentrum in die Selbstständigkeit aufgebrochen. Das Zentrum war 2003 im Rahmen des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG) am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien von Prof. Dr. Susanne Baer an der Humboldt-Universität zu Berlin gegründet worden. Im Juli 2010 endete nicht nur die öffentliche Vollfinanzierung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), sondern auch die institutionelle Verortung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Das GenderKompetenzZentrum leistet nun als selbstständiges Institut Beratungsarbeit im Bereich Gleichstellung aus feministischer, queertheoretischer und intersektionaler Sicht.

Weitere Info unter:

<http://www.genderkompetenz.info/veranstaltungen/fachtagungen/politikberatung-als-intervention-1>

Deutschland vom dritten auf fünften Platz gerutscht

In Bezug auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) ist Deutschland im europäischen Ranking vom dritten auf den fünften Platz zurückgefallen. Mit einem Anteil der FuE-Ausgaben von 2,64% am Bruttoinlandsprodukt bleibe Deutschland deutlich hinter der Drei-Prozent-Zielmarke, die in der Europäischen Union anvisiert wird.

Anneliese Maier-Forschungspreis

Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat einen neuen Wissenschaftspreis zur Internationalisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland eingerichtet. Der Preis ist nach der deutschen Philosophin und Wissenschaftshistorikerin Anneliese Maier (1905-1971) benannt, deren internationale Biographie ungewöhnlich war. Maier erforschte die Entstehung des neuzeitlichen wissenschaftlichen Denkens vom 14. bis zum 18. Jahrhundert. Künftig können jährlich bis zu fünf herausragende ausländische WissenschaftlerInnen aus allen Bereichen der Geistes- und Sozialwis-

senschaften mit dem Preis ausgezeichnet werden. Das Preisgeld von 250.000 Euro kann über einen Zeitraum von fünf Jahren für Forschungskooperationen mit FachkollegInnen in Deutschland genutzt werden. Nominierungsberechtigt sind WissenschaftlerInnen in Deutschland. Der Preis wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert. Die erste Nominierungsfrist endet am 31. Mai 2011.

Weitere Infos:

www.humboldt-foundation.de/web/pressemitteilung-2011-01.html

10. VDK-Förderfond für wissenschaftliche Publikationen

Der Hamburger Wissenschaftsverlag Dr. Kovač unterstützt zum zehnten Mal mit dem VDK-Förderfond wissenschaftliche Publikationen. Für 2011 steht eine Summe von 250.000 Euro zur Verfügung. Damit werden die Publikationskosten für Dissertationen, Habilitationsschriften und andere Monographien, aber auch für Tagungs- und Sammelbände sowie Festschriften, die im Verlag Dr. Kovač erscheinen sollen, gesenkt.

Weitere Informationen sind erhältlich über:

info@verlagdrkovac.de

Mein erster DFG-Antrag

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat auf ihrer Homepage nützliche Hinweise rund um die Antragstellung unter dem Titel „Mein erster Antrag“ aufgeführt. Hier können NachwuchswissenschaftlerInnen Hinweise zur Antragstellung im Sachbeihilfeverfahren, Hinweise zur Beantragung eines Forschungsstipendiums sowie zum DFG-Erstantrag finden.

Weitere Infos unter:

http://www.dfg.de/foerderung/grundlagen_dfg_foerderung/wissenschaftliche_karriere/erstantrag/